

1) Neue Werte - Ukraine-Krieg lässt IMK-Rezessionsampel auf „gelbrot“ schalten

Hans-Böckler-Stiftung

Die ersten wirtschaftlichen Auswirkungen der russischen Invasion in die Ukraine lassen die Rezessionswahrscheinlichkeit in Deutschland spürbar ansteigen. Das signalisiert der Konjunkturindikator des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung. Das Risiko, dass die deutsche Wirtschaft in den kommenden drei Monaten in eine Rezession gerät, ist von 16,1 Prozent im Februar auf jetzt 23,9 Prozent gestiegen. Zudem weist das Frühwarnsystem, das die aktuell verfügbaren Wirtschaftsdaten bündelt, auch eine höhere statistische Streuung aus.

Link: <https://idw-online.de/de/news790386>

2) Neue Studie - Corona-Ersparnisse der Privathaushalte stützen den Konsum im Energiepreisschock – etwas

Hans-Böckler-Stiftung

Die privaten Haushalte in Deutschland haben in den Jahren 2020 und 2021 rund 194 Milliarden Euro an zusätzlichen Ersparnissen gebildet, weil durch die Corona-Pandemie Einkaufs-, Freizeit- und Reisemöglichkeiten eingeschränkt waren.

Link: <https://idw-online.de/de/news790787>

3) IAB-Frühjahrsprognose 2022: Der Ukraine-Krieg bremst den Aufschwung, aber der Arbeitsmarkt dürfte stabil bleiben

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB)

„Während die wirtschaftlichen Aussichten zu Jahresbeginn optimistisch waren, wird der globale Konjunkturaufschwung infolge des Ukraine-Kriegs ausgebremst“, berichtet IAB-Forschungsbereichsleiter Enzo Weber in der am Freitag veröffentlichten IAB-Prognose für das Jahr 2022. Die Forschenden rechnen mit einem Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,5 Prozent. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt um 350.000 Personen. Die Prognose basiert auf der Annahme, dass der Ukraine-Krieg zu keiner noch umfassenderen Eskalation führt, aber auch nicht schnell beendet sein wird.

Link: <https://idw-online.de/de/news790794>

4) Konjunkturprognose: Gestiegene Energiepreise belasten die wirtschaftliche Erholung

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Das RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung senkt aufgrund der Auswirkungen der Ukraine-Krise seine Prognose für das deutsche Wirtschaftswachstum im Jahr 2022 auf 2,5 %, für 2023 erwartet es 3,6 %. Die kräftig gestiegenen Öl- und Gaspreise belasten Unternehmen und Haushalte, wobei positive Impulse von den Lockerungen der Corona-Infektionsschutzmaßnahmen ausgehen. Die Arbeitslosenquote dürfte 2022 bei 5 %, 2023 bei 4,9 % liegen. Die Inflation dürfte in diesem Jahr aufgrund der hohen Energiepreise 5,2 % betragen und im nächsten auf 2,3 % zurückgehen. Das staatliche Budgetdefizit dürfte im laufenden Jahr auf knapp 89 Mrd. Euro, im Jahr 2023 weiter auf gut 70 Mrd. Euro sinken.
Link: <https://idw-online.de/de/news790280>

5) In den nächsten zehn Jahren gehen 7 Mio. Beschäftigte in Rente

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.

Die Zahl der Beschäftigten über 55 Jahre ist von 2013 bis 2020 um 50 Prozent gestiegen. Damit geht aktuell zwei Drittel des Beschäftigungszuwachses in Deutschland auf Ältere zurück – fast jeder vierte Beschäftigte ist derzeit über 55 Jahre alt. Aufgrund des großen Anteils Älterer in vielen Berufen sind in Zukunft viele Stellen neu zu besetzen. So werden voraussichtlich in den nächsten zehn Jahren 7,3 Mio. Menschen in Deutschland mit Renteneintritt aus dem Arbeitsleben ausscheiden. Mehr als 2 Mio. von ihnen verlassen Berufe, in denen bereits jetzt Fachkräfte fehlen. Dies belegt die repräsentative Studie des Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung (KOFA) am Institut der deutschen Wirtschaft (IW).
Link: <https://idw-online.de/de/news790262>

6) Fachkräftemangel fordert mittelständische Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe heraus

Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn

Der Fachkräftemangel stellt in naher Zukunft die größte Herausforderung für Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe dar. Dagegen verliert die Pandemie an Bedrohungspotenzial.
Link: <https://idw-online.de/de/news790282>

7) „Produktion in der Stadt“ – Institut Arbeit und Technik startet bundesweite Kommunalbefragung

Institut Arbeit und Technik

Nach Jahren der Trennung von Wohnen und Arbeiten geriet die Produktion in der Stadt aus

dem Blickfeld, wurde aus den Städten ausgelagert. Angestoßen durch veränderte Produktionsweisen und neue Möglichkeiten der Nutzungsmischung wird aktuell intensiv über die produktive Stadt diskutiert. Noch fehlen bundesweite Untersuchungen und Datenanalysen, insbesondere in Bezug auf Beschäftigungseffekte und räumliche Differenzierungen.

Link: <https://idw-online.de/de/news789607>

8) Gesundheitliche Chancengleichheit nachhaltig fördern - BZgA Mitveranstalter des Kongresses Armut und Gesundheit 2022

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

Wie kann eine gerechte Gesundheitsförderung für alle Menschen entwickelt werden? Wie lassen sich Lebenswelten gesundheitsfördernd gestalten? Darüber diskutieren vom 22. bis 24. März 2022 mehr als 1.700 Teilnehmende aus Politik, Praxis und Wissenschaft auf dem Public-Health-Kongress „Armut und Gesundheit“. Veranstaltet wird der Kongress von Gesundheit Berlin-Brandenburg e. V. zusammen mit Partnerinnen und Partnern wie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und dem Nationalen Zentrum Frühe Hilfen (NZFH) mit Sitz in der BZgA. Der Kongress findet unter Schirmherrschaft von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach und Berlins Regierender Bürgermeisterin Franziska Giffey statt.

Link: <https://idw-online.de/de/news790567>

9) Auf der gläsernen Klippe: Weibliche Führungskräfte in Krisenunternehmen

Universität Konstanz

Der Organisationsforscher Prof. Dr. Florian Kunze vom Konstanzer Exzellenzcluster „The Politics of Inequality“ erforscht zusammen mit Dr. Max Reinwald und Dr. Johannes Zaia im „Journal of Management“, warum weibliche Führungskräfte in vielen Unternehmen erst in einer Krise eine Chance bekommen.

Link: <https://idw-online.de/de/news790521>

10) Jede vierte staatliche Hochschule in Deutschland wird von einer Frau geleitet

CHE Centrum für Hochschulentwicklung

Die typische Leitung einer staatlichen deutschen Hochschule ist weiterhin männlich, Ende 50 und stammt aus Westdeutschland. Der Frauenanteil ist leicht gestiegen und liegt nun bei rund 25 Prozent. Dies zeigt die jährliche Auswertung des CHE Centrum für Hochschulentwicklung. Berücksichtigt wurden hierfür die Lebensläufe der 181 amtierenden Präsident*innen und Rektor*innen staatlicher Hochschulen.

Link: <https://idw-online.de/de/news790239>

11) Große Mehrheit der Bevölkerung unterstützt humanitäre Hilfe für die Ukraine

Bertelsmann Stiftung

Fast 80 Prozent der Menschen in Deutschland sind der Meinung, dass Deutschland im Ukraine-Krieg humanitäre Hilfe leisten soll. Das ist eines der zentralen Ergebnisse einer neuen repräsentativen Bevölkerungsumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Die Befragung wurde für den fünften „#Polittalk aus der Hauptstadt“ von Inforadio des rbb, Süddeutscher Zeitung und Bertelsmann Stiftung erhoben.

Link: <https://idw-online.de/de/news790690>

12) HRK-Senat: Digitalisierung in der Lehrer:innenbildung ist dringende Aufgabe

Hochschulrektorenkonferenz (HRK)

Der Senat der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) hat heute Empfehlungen zur Digitalisierung in der Lehrer:innenbildung verabschiedet. Sie umfassen Hinweise für das Studium in den Fachwissenschaften, den Fachdidaktiken und den Bildungswissenschaften sowie auf die veränderten Bedarfe der Hochschulen.

Link: <https://idw-online.de/de/news790608>

13) Hochschulen brauchen jetzt Unterstützung - Gemeinsame Pressemeldung von DAAD und HRK

Deutscher Akademischer Austauschdienst e.V.

Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) und die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) appellieren an die Bundesregierung: Ein Unterstützungsprogramm für die deutschen Hochschulen zur Aufnahme ukrainischer Studierender und Forschender muss jetzt auf den Weg gebracht werden.

Link: <https://idw-online.de/de/news790391>

14) 5 Impulse für eine bessere Lernortkooperation

Forschungsinstitut Betriebliche Bildung (f-bb) gGmbH

Betriebe, Berufsschulen und andere Bildungseinrichtungen sind gesetzlich zur Lernortkooperation verpflichtet. Forschungen der 90er und 2000er Jahre zeigen allerdings, dass die Lernortkooperation in der Regel hinter den Erwartungen der beteiligten Akteure zurückbleibt. So besteht häufig überhaupt kein Kontakt zwischen den Partnern oder lediglich

dann, wenn Probleme auftauchen. Wie lässt sich die Lernortkooperation verbessern? Und wie können digitale Medien dabei helfen? Das Forschungsinstitut Betriebliche Bildung (f-bb) hat dazu fünf Empfehlungen formuliert.

Link: <https://idw-online.de/de/news790257>